HAUPTSTADT
INSIDER
AUSGABE 34 · 4. DEZEMBER 2015

MIT HAUSHALT 2016 UNTERMAUERT SPD ENGAGEMENT IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

Quelle: Frank P. Wartenberg

Von Johannes Kahrs, haushaltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Mit dem Haushalt 2016 beweist die SPD in der Großen Koalition: Wir gehen die Aufgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen offensiv an, stehen aber gleichzeitig zu unseren Versprechen, Politik für alle Menschen in unserem Land zu machen. Und das alles, ohne neue Schulden zu machen!

Bereits mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2015 haben wir auf die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen reagiert, vor allem durch eine zusätzliche Entlastung der Länder und Kommunen um insgesamt 2 Mrd. Euro im Jahr 2015. Mit dem Bundeshaushalt 2016 stellen wir ungefähr 7,5 Mrd. Euro für Ausgaben im Zusammenhang mit Flüchtlingen bereit. Länder und Kommunen erhalten 3,3 Mrd. Euro als Kostenbeteiligung des Bundes. Beim Bund stärken wir Ausgaben für Integration, Soziales und innere Sicherheit und tun einiges zur Unterstützung der zahlreichen ehrenamtlichen Helfer. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen verstärken wir den Etat des Auswärtigen Amtes um 400 Mio. Euro im Vergleich zum Entwurf und schichten im Entwicklungshilfeetat mehrere hundert Millionen Euro um.

Ohne eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen, ohne stärkere Kontrolle und Steuerung der Flüchtlingsbewegungen wird es nicht gelingen, die Zahl der Flüchtlinge, die in einem Jahr zu uns kommen, zu verringern. Genau das müssen wir aber schnell hinbekommen, wenn Integration gelingen soll.

Dabei helfen uns keine Scheinlösungen, wie sie CDU und CSU propagieren (»Transitzonen«, »Obergrenzen«). Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Lage in den Krisenländern und in den angrenzenden Flüchtlingslagern verbessert. Nicht die deutsch-österreichische Grenze müssen wir dicht machen, sondern die Außengrenze der EU gemeinsam wirksam sichern, inklusive der Seegrenze. Dafür braucht es einerseits einen vernünftigen »Unionsgrenzschutz«, andererseits eine effektive Zusammenarbeit mit der Türkei und anderen Mittelmeerstaaten, im Nahen Osten ebenso wie in Nordafrika. Das ist nicht zum Nulltarif zu haben. Aber niemandem ist geholfen, wenn sich syrische Flüchtlinge, die in der Türkei oder in Jordanien in Sicherheit leben, zu Tausenden auf einen lebensgefährlichen illegalen Weg in die EU machen. Fluchtursachen bekämpfen und Grenzen sichern, offen sein für Zuwanderer, aber Zuwanderung ordnen und steuern – das sind die Aufgaben, die wir bewältigen müssen. Die SPD ist bereit.

IAEA: IRAN-ATOMWAFFENFORSCHUNG VOR 2003

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat Mittwoch einen Bericht veröffentlicht, wonach der Iran bis zum Jahr 2003 die Herstellung von Atomwaffen erforscht habe. Die Aktivitäten umschlössen Machbarkeitsstudien und wissenschaftliche Arbeiten, durch die sich der Iran »bestimmte technische Kenntnisse und Fähigkeiten« angeeignet habe. Der iranische Unterhändler Abbas Araktschi sah den Bericht als Bestätigung, dass das Atomprogramm Irans keine militärische Dimension gehabt habe. Der Bericht der IAEA ist Folge des vereinbarten Atomabkommens.

WOHNUNGSBAUOFFENSIVE DES BMUB

Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks, SPD, hat aus den Empfehlungen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen ein Zehn-Punkte-Programm für eine wirkungsvolle Entlastung der Wohnungsmärkte entwickelt. »Die aktuelle Lage erfordert zügiges Handeln aller Beteiligten, um den Wohnungsbau anzukurbeln«, sagte Hendricks.

Für die nächsten Jahre rechnet die Regierung mit einem Wohnungsneubaubedarf von 350.000 jährlich. Zielgruppe sind vor allem Familien, Alleinerziehende, Studierende aber auch die steigende Zahl an Flüchtlingen. Zu den zehn Punkten gehören: Bereitstellung von Bauland und Grundstücke der öffentlichen Hand verbilligt vergeben; Wohnsiedlungen verdichten; Stärkung sozialer Wohnraumförderung; zielgenaue steuerliche Anreize für mehr bezahlbaren Wohnraum; Übernahme einheitlicher Musterbauordnung in den Bundesländern; Normungswesen überprüfen; serielles Bauen für ansprechenden und günstigen Wohnraum forcieren; Stellplatzverordnungen flexibilisieren; struktuelle Neukonzeption der Energie-Einsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz; Werben für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung für Neubauvorhaben.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

DEUTSCHES RUSSLAND GESCHÄFT BRICHT WEITER EIN

Eine Studie der Unternehmensberatung EAC zeigt, dass der Umsatz der 30 deutschen DAX-Konzerne in diesem Jahr weiter eingebrochen ist. Wurden 2013 noch 22 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet, sind es in diesem Jahr nur noch 15 Milliarden Euro. Ursächlich seien laut Studie mehrere Probleme, darunter der Ölpreisverfall, die Abwertung des Rubel, die Eintrübung des gesamten wirtschaftlichen Umfelds, aber auch die wegen der Krim-Annektion verhängten Sanktionen gegen Russland von Seiten der EU. Die Untersuchung sieht für 2017 jedoch eine leichte Erholung.
Von den deutschen Konzernen seien die Autobauer Volkswagen, Daimler und BMW, sowie Siemens, Eon und BASF die mit den höchsten Umsätzen gewesen. Einigen Unternehmen gelangen auch in diesem Jahr überdurchschnittliche Margen, dies betraf vor allem Konzerne, die ansässige Produktionen oder Dienstleistungen in Russland hätten.

MASCHINENBAUER MIT MEHR AUFTRÄGEN

Im Oktober lag der Auftragseingang der deutschen Maschinenbauer preisbereinigt vier Prozent über dem Vorjahr, wie der Branchenverband VDMA mitteilte. Noch im September lagen die Einbußen bei minus 13 Prozent. Das Plus ist vor allem durch Auftragseingänge aus den Ländern des Euroraums entstanden. Die Binnennachfrage (minus vier Prozent) als auch die Eingangsbestellungen aus Nicht-Euro-Ländern (minus acht Prozent) waren weiterhin im Minus.

POLIT-DEPOT

WER ZAHLT NEGATIVE ZINSEN?

Finanzexperte Dr. Elmar Peine zu den Folgen der Politik

Zum Jahresende (und direkt nach dem EZB-Entscheid) fragen sich viele, wie tief die Zinsen eigentlich noch sinken können? Wird man demnächst für die Aufnahme eines Kredites mit einer Zinszahlung von der Bank belohnt? Auf den Finanzmärkten ist dies ja schon Realität. Wer Deutschland Geld leiht, etwa eine Bundesanleihe mit einer Restlaufzeit von drei Jahren kauft, kriegt dafür an Zinsen und Rückzahlung weniger zurück, als er am Anfang ausgegeben hat. Die negative Verzinsung macht etwa 0,3 Prozent pro Jahr aus.
Wer ist so blöd, möchte man fragen – und leiht einem (Nichtfreund) Geld und zahlt dafür noch drauf? Nun, zum Beispiel Pensionskassen oder Versicherungen und Fonds. Diese Investoren, die auch institutionelle Anleger genannt werden und im Gegensatz zu den privaten Anlegern als besonders rational gelten, tun sowas. Und zwar deshalb, weil die gesetzlichen Anlagevorschriften sie dazu zwingen, zu Investitionen mit garantiertem Verlust.
Gut für den Finanzminister, der mit jeder neuen Bundesanleihe (ob Neuverschuldung oder Revolvierung) seine Schuldenlast mindert. Und schlecht für die Altersvorsorgenden, die mit Rentenabschlägen die negativen Zinsen zahlen.

Name	Wkn	Kaufdatum	Kaufkurs	Akt. Kurs (3.12.)
Secunet Security Networks	727650	19.4.2010	9,80	20,50
Touax SCA	873839	16.10.2015	12,80	12,50
Amundi ETF MSCI Nordic	A0REJU	23.03.2013	247,00	343,50
DB X-TRACKERS MSCI CHINA	DBX0G2	28.8.2015	10,90	12,15

Quelle: www.onvist.de, www.fincomm.de; Die laufende Entwicklung des Depots kann auf https://www.wikifolio.com/de/POLDEP beobachtet werden.

Disclaimer: Die vorgenannten Aussagen stellen ausdrücklich keine Kaufempfehlungen dar. Interessierte sollten sich vor einer Anlage unbedingt mit weiteren Tatsachen und Risikofaktoren der in der Übersicht dargestellten Wertpapiere vertraut machen. Wir empfehlen eine gründliche Beratung.

PERSONALIEN

LANDTAGSPRÄSIDENT GÜRTH TRITT ZURÜCK

Der Landtagspräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Detlef Gürth, ist von seinem Amt zurückgetreten. Er wird interimsmäßig von den Vizepräsidenten vertreten. Die CDU als größte Fraktion im Landtag kann nun einen neuen Kandidaten vorschlagen. Gürth war zuletzt wegen Steuerhinterziehungsvorwürfen in die Kritik geraten.

BAHNERS NEUER SPRECHER KULTUR BERLIN

Lars Bahners, 46, ist seit 1. Dezember neuer Sprecher der Berliner Senatskulturverwaltung. Sein Vorgänger, Günter Kolodziej, wechselt ab 1. Januar als Regierungssprecher nach Thüringen. Bahners berichtet dann direkt an Staatssekretär Tim Renner.

WINTERSHALL MIT NEUEM VORSTAND

Thilo Wieland, 46, rückt in den Vorstand der Wintershall Holding auf und verantwortet zukünftig die Bereiche Exploration und Produktion in Russland, Nordafrika und Südamerika. Wieland ist derzeit noch General Manager der Wintershall in Libyen. Er übernimmt die Bereiche von Mario Mehren, der seit Juni Vorstandsvorsitzender von Wintershall ist.

LINDNER VERLÄSST OST-AUSSCHUSS

Rainer Lindner verlässt den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und übernimmt ab 1. Januar eine Führungsposition bei der Schaeffler-Gruppe. Ein Nachfolger steht noch nicht fest.

WORTE DER WOCHE

»Wir sind die erste Generation, die bereits den Klimawandel spürt, und die letzte, die noch etwas dagegen tun kann.«

US-Präsident Barack Obama zum Auftakt des Klimagipfels in Paris.

»Wir haben hier in Paris eine einzige Forderung: Der Temperaturanstieg muss nicht auf zwei Grad, sondern auf anderthalb Grad begrenzt werden. […] Zwei Grad oder mehr bedeutet, zu akzeptieren, dass 100 Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage, wenn nicht ihr Leben verlieren.«

Saleemul Huq aus Bangladesch bei der Klimakonferenz, findet, die weltweite Temperatur dürfe um nicht mehr als 1,5 Grad ansteigen.

»Im Kern geht es nicht um Verträge und Vereinbarungen, sondern darum, die Marktkräfte in Gang zu setzen, so dass alle sagen: ›Es ist im Interesse meiner Familie, meiner Firma und meines Landes, nach CO2-armen Technologien mit der gleichen Energie zu suchen, mit der bisher an der neuesten Software gearbeitet wird.‹«

Der Weltbank Chef Jim Yong Kim.

»Man kann nicht alle Ziele gleichzeitig erreichen. Wenn das primäre Ziel ist, den IS zu bekämpfen, dann muss man bis auf weiteres die Kröte Assad schlucken.«

Der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger.

»Jetzt wird es keine Zusammenarbeit mit Assad geben und auch keine Zusammenarbeit mit Truppen unter Assad.«

Ein Sprecher von Verteidigungsministerin von der Leyen.

»Mit Assad, das wissen alle, müssen wir kurzfristig leben. Wenn das Land nach seiner brutalen Diktatur wieder Frieden finden soll, kann er nicht Teil einer langfristigen Lösung sein. Der Gedanke einer Übergangsregierung könnte vielleicht die Brücke bauen.«

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, CDU, im Interview mit dem Handelsblatt.

»Verantwortung trägt hier ganz sicher der Sport, denn wenn sich jemand von den Bürgern entfernt hat, dann sind es die großen internationalen Sportverbände. Mit ihren Skandalen und Betrügereien, dem Gigantismus und der Selbstgefälligkeit zeigen sie ein Gesicht, das viele sportbegeisterte Bürgerinnen und Bürger offensichtlich nicht mehr gutheißen wollen.«

Die Vorsitzende des Bundestagssportausschusses, Dagmar Freitag, SPD.

»Es ist eine Ironie, dass ausgerechnet in dem Land, das am meisten profitieren würde, so heftig gegen TTIP protestiert wird.«

John B. Emerson, US-Botschafter in Deutschland..

TERMINE

7.12. BPB ZUR POLITISCHEN KULTUR IN DEUTSCHLAND

Diskussionsveranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zum Thema »Von Wutbürgern und patriotischen Europäern. Eine Stilkritik der politischen Kultur in Deutschland«, unter anderem mit dem Soziologen Prof. Dieter Rucht und dem Präsidenten der bpb, Thomas Krüger. Bundeszentrale für Politische Bildung, Friedrichstraße 50, Berlin, 19 Uhr (Anmeldung erforderlich).

9.12. FES ZU BRASILIEN MIT LUIZ SILVA

Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Thema »Brasiliens Entwicklungsmodell – zwischen Erfolgen und Herausforderungen«, unter anderem mit dem ehemaligen brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva. Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin – Haus 1, Hiroshimastraße 17, Berlin. 19.30 Uhr (Anmeldung erforderlich).

12.12. EXPORTINITIATIVEN ZUM EXPORT VON ERNEUERBAREN TECHNOLOGIEN

Tagung der Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz des BMWi zum Thema »Exportchancen für erneuerbare Wärme- und Kältetechnologien«, unter anderem mit der Referatsleiterin Neue Energietechnologien im BMWi, Christina Wittek, dem Unit Manager bei Ecofys, Thomas Boermans und der Direktorin von enviacon international, Sarah Endres. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Eingang Invalidenstraße 48, Berlin. 10 Uhr (Anmeldung erforderlich).

1.-5.2.2016 WÄRMEVERSORGUNG VON GEBÄUDEN MIT ERNEUERBAREN ENERGIEN IN NORWEGEN

Die Deutsch-Norwegische Handelskammer führt diese Delegationsreise im Rahmen der Exportinitiative Energieeffizienz und Erneuerbare Energien durch. Nach einem Briefing am ersten Tag geht es am 2.2. zu einer Fachkonferenz mit einheimischem Fachpublikum aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Relevant für Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Norwegen, Energiewirtschaft, Rohstoffe, Umwelt, Energie und Rohstoffe, Klima und Umwelt, Industrie.

KOMMENTAR

STEINMEIER SEI DANK

Von Heino Wiese

Das Russland-Bashing in den deutschen Medien geht weiter. Gestern schrieb die FAZ unter der Überschrift »Warum Russland so gefährlich ist«, dass »die größte Gefahr für den Westen und die Welt nicht vom IS« sondern von der Russischen Föderation ausgehe. Der Artikel ist von dem Russen mit ukrainischen und jüdischen Wurzeln Nikolai Klimeniouk verfasst, der Russland 1991 aus Enttäuschung den Rücken kehrte und bis heute Russland und »böse« gleichsetzt. Noch peinlicher und schlimmer war der Beitrag von »Zoom« gestern Abend im ZDF. Im Stile eines Spionage Thrillers wurde die Litwinenko-Affäre wieder aufgetischt. Ohne einen einzigen Beweis benennen zu können, hat der sogenannte Enthüllungs-Journalist eine ausschließlich auf Aussagen der Litwinenko-Witwe basierenden Bericht verfasst, der in der Behauptung gipfelte, Putin sei für den Mord an Litwinenko persönlich verantwortlich. Außerdem wurden abenteuerliche Verbindungen zwischen Putin und der Petersburger Mafia der 90er Jahre hergestellt. Welcher Geheimdienst diesen Bericht wohl beim ZDF in Auftrag gegeben hat, möchte man dazu vermerken.

Daneben hat Brüssel eine Verlängerung der Sanktionen gegen Russland bekannt gegeben und die NATO sich zu der erneuten Provokation hinreißen lassen, in diesem Moment Montenegro als neues Mitglied aufzunehmen. Die einzig positive und konstruktive Nachricht des Tages war einmal mehr eine Initiative des Außenministers. Steinmeier forderte den NATO-Russland-Rat wieder zu beleben und den Gesprächsfaden auch an dieser Stelle wieder aufzunehmen. Bei dem Dinner der 28 NATO-Außenminister widersprach ihm niemand und der NATO-Generalsekretär wurde beauftragt dieses vorzubereiten.

BUNTES AUS BERLIN

VERHÜLLTER REICHSTAG, BERLIN

Im Berliner Bundestag hat eine neue Dauerausstellung mit dem Titel »Verhüllter Reichstag, Berlin« eröffnet. Gezeigt werden mehrere hundert Entwürfe, Pläne, Modelle und Fotos des 1995 realisierten Projekts des Künstlerehepaars Christo und Jeanne-Claude. Die Ausstellung wurde von Christo selbst gestaltet. Die Exponate gehören inzwischen dem Unternehmer Lars Windhorst, der sie dem Deutschen Bundestag für zunächst 20 Jahre kostenlos zur Verfügung stellt. Die Ausstellung ist während der an Wochenenden stattfindenden Kunst- und Architekturführungen zu besichtigen. Geöffnet: an Wochenenden nach vorheriger Anmeldung.

Gugl-Hupf

GESCHENKE DIGITAL

Der Digitalverband Bitkom hat eine Umfrage zu den diesjährigen Weihnachtsgeschenken in Auftrag gegeben und wollte wissen, was die Bundesbürger ihren Lieben schenken wollen. Der Umfrage zufolge wollen in diesem Jahr fünf von sechs Bundesbürgern (84 Prozent) in diesem Jahr digitale Geschenke machen. Darunter fallen Computer- und Videospiele, Gutscheine für Online-Dienste und Onlineshops, Prepaid-Guthaben oder digitale Medien wie DVDs und CDs. Am beliebtesten sind wie im Vorjahr Computer- und Videospiele (35 Prozent wollen sie verschenken). Einen besonderen Zuwachs gibt es bei Online-Gutscheinen. 34 Prozent wollen virtuelle Geldbeträge verschenken, im vergangenen Jahr lag die Zahl noch bei 28 Prozent, 2013 bei 22 Prozent. Fast jeder Vierte (24 Prozent) verschenkt Guthabenkarten für Handys oder Smartphones. Rückläufig sind vor allem Musik-CDs, nur noch 16 Prozent der Befragten wollen sie verschenken. Dem entgegen steht der wachsende Trend zu Hörbuch-CDs, die von 16 Prozent unter den Weihnachtsbaum gelegt werden (2013 waren es nur zehn Prozent).

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büroservice Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b,10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de